

Hundegesetz (HuG); 1. Beratung

Entwurf des Regierungsrats vom 1. Juli 2009	Abweichende Anträge der Kommission SIK vom 01.09.2009	Stellungnahme des Regierungsrats	Ergebnis der 1. Beratung vom ...
<p><b>Hundegesetz (HuG)</b></p> <p>Vom</p>			
<p><i>Der Grosse Rat des Kantons Aargau,</i></p> <p>gestützt auf § 27 der Kantonsverfassung,</p> <p><i>beschliesst:</i></p>		<p><b>Abweichende Kommissionsanträge auf den Seiten 2, 11 und 14 (sowie neue Nummerierung der §§ 14-20)</b></p>	
<p><b>I.</b></p>			
<p><b>1. Allgemeines</b></p>			
<p><b>§ 1</b> Zweck und Gegenstand</p> <p><sup>1</sup> Dieses Gesetz bezweckt den sicheren und verantwortungsbewussten Umgang mit Hunden.</p> <p><sup>2</sup> Es regelt</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) die Zuständigkeiten im Hundewesen,</li> <li>b) die Pflichten der Hundehaltenden,</li> <li>c) den Umgang mit gefährlichen Hunden,</li> <li>d) die Hundekontrolle,</li> <li>e) die Hundetaxe.</li> </ul>			

Entwurf des Regierungsrats vom 1. Juli 2009	Abweichende Anträge der Kommission SIK vom 01.09.2009	Stellungnahme des Regierungsrats	Ergebnis der 1. Beratung vom ...
<p><b>§ 2</b> Zuständigkeit der Gemeinden</p> <p><sup>1</sup> Für den Vollzug dieses Gesetzes sind unter Vorbehalt von § 3 die Gemeinden zuständig.</p> <p><sup>2</sup> Sie erfüllen insbesondere folgende Aufgaben:</p> <p>a) sie führen die Hundekontrolle,  b) sie erheben die Hundetaxe,  c) sie sorgen dafür, dass auf dem Gemeindegebiet ausreichend Entsorgungsmöglichkeiten für Hundekot zur Verfügung stehen,  d) sie sorgen für streunende Hunde und Findelhunde gemäss § 8,  e) sie überprüfen, ob die Anforderungen an die Hundehaltenden gemäss Art. 68 der eidgenössischen Tierschutzverordnung (TSchV) vom 23. April 2008<sup>1</sup> erfüllt sind.</p>	<p>e) sie überprüfen, <u>ob die Hundehaltenden gemäss Art. 68 der eidgenössischen Tierschutzverordnung (TSchV) vom 23. April 2008 über die Sachkundenachweise verfügen.</u></p>	<p>Zustimmung mit redaktionellem Änderungsvorschlag:</p> <p>e) sie überprüfen, ob die Hundehaltenden <u>über die Sachkundenachweise</u> gemäss Art. 68 der eidgenössischen Tierschutzverordnung (TSchV) vom 23. April 2008 __verfügen.</p>	
<p><b>§ 3</b> Zuständigkeit des Kantons</p> <p><sup>1</sup> Der Kanton ist zuständig für den Vollzug der Bestimmungen betreffend gefährliche Hunde und sorgt unter Mitwirkung der Gemeinden für den Vollzug der eidgenössischen Tierschutz- und Tierseuchengesetzgebung.</p>			

<sup>1</sup> SR 455.1

Entwurf des Regierungsrats vom 1. Juli 2009	Abweichende Anträge der Kommission SIK vom 01.09.2009	Stellungnahme des Regierungsrats	Ergebnis der 1. Beratung vom ...
<p><sup>2</sup> Der Regierungsrat kann Massnahmen treffen, die einem sicheren, verantwortungsvollen und tiergerechten Umgang mit Hunden dienen. Er kann zu diesem Zweck Kampagnen und Projekte unterstützen.</p>			
<p><b>§ 4</b> Zusammenarbeit</p> <p>Die Gemeinden und der Kanton arbeiten beim Vollzug dieses Gesetzes zusammen. Insbesondere stellen sie sich gegenseitig die zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben erforderlichen Daten zur Verfügung.</p>			
<p><b>2. Hundehaltung</b></p>			
<p><b>§ 5</b> Allgemeine Pflichten</p> <p><sup>1</sup> Hundehaltende sind verpflichtet</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>a) ihren Hund so zu halten, dass Menschen und Tiere nicht gefährdet oder übermässig belästigt werden,</li> <li>b) den Hund jederzeit unter ihrer Aufsicht und Kontrolle zu halten,</li> <li>c) ihren Hund so zu halten, dass die Umwelt nicht belastet wird,</li> <li>d) dafür zu sorgen, dass Dritte, denen der Hund anvertraut wurde, in der Lage sind, die Hundehalterpflichten wahrzunehmen.</li> </ol>			

<b>Entwurf des Regierungsrats vom 1. Juli 2009</b>	<b>Abweichende Anträge der Kommission SIK vom 01.09.2009</b>	<b>Stellungnahme des Regierungsrats</b>	<b>Ergebnis der 1. Beratung vom ...</b>
<p><sup>2</sup> Der Regierungsrat regelt die einzelnen Pflichten der Hundehaltenden.</p> <p><sup>3</sup> Die Gemeinden können ergänzende Bestimmungen mit lokalem Bezug erlassen, insbesondere können sie Hundeverbotzonen bezeichnen und eine örtlich beschränkte Leinenpflicht vorsehen.</p> <p><sup>4</sup> Die Gemeinden ordnen im Rahmen ihrer Zuständigkeit bei Verletzung von Hundehalterpflichten Massnahmen gemäss § 17 Abs. 1 lit. a–d an.</p> <p><sup>5</sup> Rechte und Pflichten der Hundehaltenden in anderen Erlassen, insbesondere in der Jagd- und Naturschutzgesetzgebung, bleiben vorbehalten.</p>			
<p><b>§ 6</b> Mitwirkungs- und Auskunftspflicht</p> <p>Die Hundehaltenden sind verpflichtet, den zuständigen Behörden die zum Vollzug dieses Gesetzes erforderlichen Auskünfte zu erteilen und unentgeltlich bei der Feststellung des Sachverhalts mitzuwirken.</p>			

<b>Entwurf des Regierungsrats vom 1. Juli 2009</b>	<b>Abweichende Anträge der Kommission SIK vom 01.09.2009</b>	<b>Stellungnahme des Regierungsrats</b>	<b>Ergebnis der 1. Beratung vom ...</b>
<p><b>§ 7</b> Hundekontrolle; Meldepflicht; Registrierung</p> <p><sup>1</sup> Zur Führung der Hundekontrolle melden die Hundehaltenden der Gemeinde das Halten eines mehr als drei Monate alten Hundes. Die Meldepflicht umfasst ausserdem</p> <ul style="list-style-type: none"><li>a) den Halterwechsel,</li><li>b) den Tod des Hundes,</li><li>c) die Namens- oder Adressänderung der Halterin beziehungsweise des Halters und</li><li>d) von einem anderen Kanton angeordnete Massnahmen gemäss § 9 Abs. 4.</li></ul> <p><sup>2</sup> Mit der Meldung geben die Hundehaltenden der Gemeinde eine Kopie ab</p> <ul style="list-style-type: none"><li>a) des Hundeausweises gemäss Art. 18 der eidgenössischen Tierseuchenverordnung (TSV) vom 27. Juni 1995<sup>1</sup>,</li><li>b) der Sachkundenachweise gemäss Art. 68 TSchV.</li></ul> <p><sup>3</sup> Der Regierungsrat bezeichnet gemäss den Vorgaben des Bundesrechts die Registrierungsstelle. Die Gemeinden haben kostenlosen Zugang zu den Daten über die Hundehaltungen in ihrer Gemeinde.</p>			

---

<sup>1</sup> SR 916.401

Entwurf des Regierungsrats vom 1. Juli 2009	Abweichende Anträge der Kommission SIK vom 01.09.2009	Stellungnahme des Regierungsrats	Ergebnis der 1. Beratung vom ...
<p><b>§ 8</b> Streunende Hunde und Findelhunde</p> <p><sup>1</sup> Die Gemeinden fangen streunende Hunde ein. Sie bringen diese sowie Findelhunde artgerecht unter, sofern letztere nicht im Gewahrsam der Finderin beziehungsweise des Finders verbleiben.</p> <p><sup>2</sup> Sie tragen die Kosten für die von ihnen veranlasste Unterbringung und Pflege während zwei Monaten. Vorbehalten bleibt die Kostenpflicht der Eigentümerin beziehungsweise des Eigentümers.</p>			
<p><b>3. Gefährliche Hunde</b></p>			
<p><b>§ 9</b> Verhaltensauffällige Hunde</p> <p><sup>1</sup> Bestehen Hinweise, dass ein Hund eine Gefahr für Menschen oder Tiere darstellt, überprüft die zuständige kantonale Behörde den Sachverhalt. Sie kann zu diesem Zweck die Haltung überprüfen und eine Wesensbeurteilung des Hundes vornehmen.</p> <p><sup>2</sup> Die zuständige kantonale Behörde ordnet die zum Schutz von Menschen und Tieren erforderlichen Massnahmen gemäss § 17 an.</p>			

Entwurf des Regierungsrats vom 1. Juli 2009	Abweichende Anträge der Kommission SIK vom 01.09.2009	Stellungnahme des Regierungsrats	Ergebnis der 1. Beratung vom ...
<p><sup>3</sup> Soweit Massnahmen gemäss Absatz 2 angeordnet werden, sind die Kosten für die vorangegangenen Abklärungen gemäss Absatz 1 von der Hundehalterin beziehungsweise dem Hundehalter zu tragen.</p> <p><sup>4</sup> In anderen Kantonen rechtskräftig verfügte Massnahmen gemäss Absatz 2 gelten auch im Kanton Aargau.</p> <p><sup>5</sup> Beim Wegzug von Hundehaltenden in einen anderen Kanton informiert die zuständige kantonale Behörde die Vollzugsbehörde des neuen Wohnkantons über im Kanton Aargau verfügte Anordnungen gemäss Absatz 2.</p>			
<p><b>§ 10</b> Hunde mit erhöhtem Gefährdungspotenzial; Halteberechtigung</p> <p><sup>1</sup> Das Halten eines Hundes, der einem Rassetyp mit erhöhtem Gefährdungspotenzial angehört, bedarf vorgängig einer Berechtigung durch den Kanton.</p> <p><sup>2</sup> Absatz 1 gilt auch für Kreuzungstiere und Hunde, deren Erscheinungsbild vermuten lässt, dass sie von einem Rassetyp mit erhöhtem Gefährdungspotenzial abstammen.</p>			

Entwurf des Regierungsrats vom 1. Juli 2009	Abweichende Anträge der Kommission SIK vom 01.09.2009	Stellungnahme des Regierungsrats	Ergebnis der 1. Beratung vom ...
<p><sup>3</sup> Bestehen Zweifel, ob für das Halten eines Hundes eine Berechtigung einzuholen ist, entscheidet die zuständige kantonale Behörde. Die Kosten für Expertisen sind von der gesuchstellenden Person zu tragen, sofern sie verpflichtet wird, eine Berechtigung einzuholen.</p> <p><sup>4</sup> Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten, insbesondere bezeichnet er die Rassetypen mit erhöhtem Gefährdungspotenzial (Rassetypenliste).</p>			
<p><b>§ 11</b> Voraussetzungen</p> <p><sup>1</sup> Die Berechtigung zum Halten eines Hundes mit erhöhtem Gefährdungspotenzial wird erteilt, wenn die gesuchstellende Person</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) mindestens 18 Jahre alt ist,</li> <li>b) nicht wegen Delikten verurteilt wurde, die einen verantwortungsbewussten Umgang mit dem Hund als fragwürdig erscheinen lassen, oder deswegen in einer laufenden Strafuntersuchung steht,</li> <li>c) den Nachweis einer ausreichenden Haftpflichtversicherung erbringt,</li> <li>d) den Nachweis über genügend kynologische Fachkenntnisse erbringt und</li> <li>e) aufgrund der persönlichen und finanziellen Verhältnisse Gewähr für eine artgerechte und verantwortungsvolle Hundehaltung bietet.</li> </ul>			

<b>Entwurf des Regierungsrats vom 1. Juli 2009</b>	<b>Abweichende Anträge der Kommission SIK vom 01.09.2009</b>	<b>Stellungnahme des Regierungsrats</b>	<b>Ergebnis der 1. Beratung vom ...</b>
<p><sup>2</sup> Der Regierungsrat regelt das Verfahren und konkretisiert die Voraussetzungen gemäss Absatz 1 lit. b–e.</p>			
<p><b>§ 12</b> Ausbildungs- und Prüfungspflicht</p> <p><sup>1</sup> Die Berechtigung zum Halten eines Hundes mit erhöhtem Gefährdungspotenzial ist mit der Auflage zu verbinden, dass die den Hund haltende Person innert einer vom Regierungsrat festzulegenden Frist</p> <ul style="list-style-type: none"><li>a) einen speziellen Hundeerziehungskurs absolviert,</li><li>b) eine Prüfung zum Nachweis der erworbenen Fähigkeiten ablegt.</li></ul> <p><sup>2</sup> Kommt die einen Hund mit erhöhtem Gefährdungspotenzial haltende Person den in Absatz 1 umschriebenen Auflagen nicht nach oder besteht sie die Prüfung nicht, so ordnet die zuständige kantonale Behörde die zum Schutz der Öffentlichkeit erforderlichen Massnahmen an. § 9 gilt analog.</p> <p><sup>3</sup> Der Regierungsrat regelt</p> <ul style="list-style-type: none"><li>a) die Anerkennung von Hundeerziehungskursen und Prüfungen,</li><li>b) Inhalt und Umfang der Erziehungskurse,</li><li>c) die Durchführung der Prüfungen.</li></ul>			

<b>Entwurf des Regierungsrats vom 1. Juli 2009</b>	<b>Abweichende Anträge der Kommission SIK vom 01.09.2009</b>	<b>Stellungnahme des Regierungsrats</b>	<b>Ergebnis der 1. Beratung vom ...</b>
<p><b>§ 13</b> Erlöschen und Entzug der Halteberechtigung</p> <p><sup>1</sup> Die Berechtigung zum Halten eines Hundes mit erhöhtem Gefährdungspotenzial erlischt</p> <ul style="list-style-type: none"><li>a) nach einem Jahr ab Erteilung, wenn in der Zwischenzeit kein Hund erworben wurde,</li><li>b) mit dem Tod der Inhaberin oder des Inhabers,</li><li>c) mit dem Tod des Hundes oder</li><li>d) bei einem Halterwechsel.</li></ul> <p><sup>2</sup> Die Berechtigung wird entzogen, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"><li>a) nachträglich Tatsachen festgestellt werden, aufgrund derer sie hätte verweigert werden müssen,</li><li>b) die Inhaberin oder der Inhaber wegen Delikten gemäss § 11 Abs. 1 lit. b rechtskräftig verurteilt wurde oder</li><li>c) keine ausreichende Haftpflichtversicherung gemäss § 11 Abs. 1 lit. c mehr besteht.</li></ul> <p><sup>3</sup> Wird ein Hund mit erhöhtem Gefährdungspotenzial ohne Berechtigung gehalten, ordnet die zuständige kantonale Behörde die erforderlichen Massnahmen gemäss § 17 Abs. 1 lit. a–d an.</p>			

Entwurf des Regierungsrats vom 1. Juli 2009	Abweichende Anträge der Kommission SIK vom 01.09.2009	Stellungnahme des Regierungsrats	Ergebnis der 1. Beratung vom ...
	<p><b>§ 14 (neu)</b>  <u>Leinenpflicht</u></p> <p><sup>1</sup> <u>Hunde mit erhöhtem Gefährdungspotenzial sind im öffentlich zugänglichen Raum an der Leine zu führen.</u></p> <p><sup>2</sup> <u>Von der Leinenpflicht gemäss Abs. 1 ausgenommen sind Hunde, die von der Inhaberin oder dem Inhaber der Halteberechtigung geführt werden. Vorbehalten bleibt § 9 Abs. 2.</u></p>	<p>Zustimmung</p>	
<p><b>§ 14</b>  Zuzug in den Kanton</p> <p><sup>1</sup> In anderen Kantonen oder im Ausland ausgestellte Berechtigungen zum Halten von Hunden mit erhöhtem Gefährdungspotenzial sind im Kanton Aargau anzuerkennen, soweit ein gleichwertiges Schutzniveau gewährleistet ist.</p> <p><sup>2</sup> Absatz 1 gilt sinngemäss auch für in anderen Kantonen oder im Ausland absolvierte Hundeeziehungskurse und Prüfungen.</p> <p><sup>3</sup> Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten.</p>	<p><b>§ 15</b></p>	<p>Zustimmung</p>	

Entwurf des Regierungsrats vom 1. Juli 2009	Abweichende Anträge der Kommission SIK vom 01.09.2009	Stellungnahme des Regierungsrats	Ergebnis der 1. Beratung vom ...
<p><b>4. Hundetaxe</b></p>			
<p><b>§ 15</b> Hundetaxe; Grundsätze</p> <p><sup>1</sup> Für jeden mehr als drei Monate alten, im Kanton gehaltenen Hund hat die Halterin oder der Halter eine Hundetaxe zu entrichten, welche von den Gemeinden jährlich erhoben wird.</p> <p><sup>2</sup> Die Höhe der Hundetaxe wird vom Regierungsrat für den ganzen Kanton einheitlich festgelegt. Sie beträgt maximal Fr. 150.–.</p> <p><sup>3</sup> Keine Hundetaxe wird erhoben für</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) vom Regierungsrat durch Verordnung zu bezeichnende Arbeits- hunde mit besonderen Funktionen,</li> <li>b) Hunde in Tierheimen, die bei neuen Haltern platziert werden sollen.</li> </ul> <p><sup>4</sup> Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten.</p>	<p><b>§ 16</b></p>	<p>Zustimmung</p>	

Entwurf des Regierungsrats vom 1. Juli 2009	Abweichende Anträge der Kommission SIK vom 01.09.2009	Stellungnahme des Regierungsrats	Ergebnis der 1. Beratung vom ...
<p><b>§ 16</b> Verwendung</p> <p><sup>1</sup> Der Ertrag aus der Hundetaxe fällt unter Vorbehalt von Absatz 2 der Gemeinde zu, in welcher der Hund gehalten wird. Der Gemeindeanteil beträgt mindestens Fr. 100.– pro Hund.</p> <p><sup>2</sup> Die Gemeinden entrichten dem Kanton pro taxpflichtigen Hund eine vom Regierungsrat festzulegende Abgabe. Die Abgabe beträgt maximal Fr. 20.– pro Hund.</p>	<p><b>§ 17</b></p>	<p>Zustimmung</p>	
<p><b>5. Sanktionen</b></p>			
<p><b>§ 17</b> Verwaltungsmassnahmen</p> <p><sup>1</sup> Die zuständigen Behörden treffen die zur Erfüllung der ihnen übertragenen Aufgaben erforderlichen Massnahmen. Insbesondere können sie</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) die Hundehaltung mit Auflagen verbinden,</li> <li>b) die vorsorgliche oder definitive Beschlagnahmung anordnen,</li> <li>c) die Neuplatzierung anordnen,</li> <li>d) die Euthanasie anordnen oder</li> <li>e) ein Hundehaltverbot aussprechen.</li> </ul>	<p><b>§ 18</b></p>	<p>Zustimmung</p>	

Entwurf des Regierungsrats vom 1. Juli 2009	Abweichende Anträge der Kommission SIK vom 01.09.2009	Stellungnahme des Regierungsrats	Ergebnis der 1. Beratung vom ...
<p><sup>2</sup> Soweit Massnahmen gemäss Absatz 1 angeordnet werden, sind die Kosten hierfür von der Hundehalterin beziehungsweise dem Hundehalter zu tragen.</p> <p><sup>3</sup> Wird ein Hund beschlagnahmt, hat die Hundehalterin oder der Hundehalter eine angemessene Kautions von höchstens Fr. 2'000.– zur Sicherung von Forderungen aus der Unterbringung und Pflege des Hundes zu leisten. Wird die Kautions nicht erbracht, kann die zuständige Behörde die sofortige Neuplatzierung oder Euthanasie des Hundes anordnen.</p>			
<p><b>§ 18</b> Strafbestimmung</p> <p><sup>1</sup> Vorsätzliche oder fahrlässige Übertretungen der §§ 5 Abs. 1, 6, 7 Abs. 1 und 2, 10 Abs. 1 und 2, 15 Abs. 1 und 19 Abs. 1 sowie gestützt darauf ergangener Vollzugserlasse werden mit Busse bis zu Fr. 10'000.– bestraft.</p> <p><sup>2</sup> Bei Widerhandlungen im Zuständigkeitsbereich der Gemeinden kann der Gemeinderat Bussen bis zu Fr. 2'000.– durch Strafbefehl aussprechen. Für das Verfahren gelten die Bestimmungen der Gemeindegesetzgebung.</p>	<p><b>§ 19</b> Strafbestimmung</p> <p><sup>1</sup> Vorsätzliche oder fahrlässige Übertretungen der §§ 5 Abs. 1, 6, 7 Abs. 1 und 2, 10 Abs. 1 und 2, <u>14 Abs. 1, 16 Abs. 1</u> und <u>20 Abs. 1</u> sowie gestützt darauf ergangener Vollzugserlasse werden mit Busse bis zu Fr. 10'000.– bestraft.</p>	<p>Zustimmung</p>	

Entwurf des Regierungsrats vom 1. Juli 2009	Abweichende Anträge der Kommission SIK vom 01.09.2009	Stellungnahme des Regierungsrats	Ergebnis der 1. Beratung vom ...
<p><b>6. Übergangs- und Schlussbestimmungen</b></p>			
<p><b>§ 19</b> Übergangsrecht</p> <p><sup>1</sup> Wer einen Hund mit erhöhtem Gefährdungspotenzial hält, muss innert sechs Monaten nach Inkrafttreten dieses Gesetzes um eine Halteberechtigung gemäss § 10 ersuchen.</p> <p><sup>2</sup> Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten, insbesondere sieht er Erleichterungen von der Ausbildungspflicht gemäss § 12 Abs. 1 lit. a vor, soweit die bisherige Haltung eines Hundes mit erhöhtem Gefährdungspotenzial zu keinerlei Beanstandungen Anlass bot.</p> <p><sup>3</sup> Die bislang gestützt auf § 7a des Gesetzes über das Halten und Besteuern der Hunde vom 30. November 1871<sup>1</sup> ausgerichteten Beiträge werden bis zum Inkrafttreten einer neuen Finanzierungsregelung, längstens jedoch für eine Dauer von drei Jahren, aus dem Ertrag des Kantons aus der Hundetaxe finanziert.</p>	<p><b>§ 20</b></p>	<p>Zustimmung</p>	

<sup>1</sup> SAR 393.300

Entwurf des Regierungsrats vom 1. Juli 2009	Abweichende Anträge der Kommission SIK vom 01.09.2009	Stellungnahme des Regierungsrats	Ergebnis der 1. Beratung vom ...
<p><b>§ 20</b> Publikation und Inkrafttreten</p> <p>Dieses Gesetz ist nach unbenütztem Ablauf der Referendumsfrist beziehungsweise nach Annahme durch das Volk in der Gesetzessammlung zu publizieren. Der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.</p>	<p><b>§ 21</b></p>	<p>Zustimmung</p>	
<p><b>II.</b></p> <p>Keine Fremdänderungen.</p>			
<p><b>III.</b></p> <p>Das Gesetz über das Halten und Besteuern der Hunde vom 30. November 1871<sup>1</sup> wird aufgehoben.</p>			
<p><b>IV.</b></p> <p>Diese Aufhebung ist nach unbenütztem Ablauf der Referendumsfrist beziehungsweise nach Annahme durch das Volk in der Gesetzessammlung zu publizieren. Der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.</p>			
<p>Aarau, Präsident des Grossen Rats Protokollführer</p>			

<sup>1</sup> SAR 393.300